

# Die Außenpolitik der deutschen Länder im Kaiserreich



# **Die Außenpolitik der deutschen Länder im Kaiserreich**

Geschichte, Akteure und archivische  
Überlieferung (1871–1918)

Beiträge des wissenschaftlichen Kolloquiums zum  
90. Gründungstag des Politischen Archivs des  
Auswärtigen Amtes am 3. August 2010

Herausgegeben vom Auswärtigen Amt

Redaktion: Holger Berwinkel und Martin Kröger  
unter Mitarbeit von Janne Preuß

Oldenbourg Verlag München 2012

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2012 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München  
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München  
Internet: [oldenbourg.de](http://oldenbourg.de)

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlagbild: 1884/85 verhandelte eine Konferenz in Berlin über die kolonialen Verhältnisse am Kongo. Die Ergebnisse wurden in einer Generalakte (PA AA, Mult R 51) zusammengefasst. Zur Rechtskraft bedurfte diese der Ratifikation durch die teilnehmenden Staaten.

Das Umschlagbild zeigt die erste Seite der deutschen Ratifikationsurkunde vom 8. April 1885. Die graphische Einbeziehung der Bundesstaaten versinnbildlicht das Spannungsfeld, in dem die deutsche Außenpolitik stand.

Umschlaggestaltung: hauser lacour, [www.hauserlacour.de](http://www.hauserlacour.de)  
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).

Satz: le-tex publishing services GmbH, Leipzig  
Druck/Bindung: Memminger Medientrum, Memmingen

ISBN 978-3-486-71637-5  
E-ISBN 978-3-486-71687-0

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	7
<i>Gregor Schöllgen</i> Gefangen im Erfolg. Deutsche Außenpolitik 1871–1918 . . . . .	9
<i>Gerhard Hetzer</i> Außenpolitik als deutscher Bundesstaat: Das Königreich Bayern 1871–1918 . . . . .	25
<i>Jörg Ludwig</i> Sächsische Außenpolitik 1871–1918: Institutionen und Archivbestände	57
<i>Antjekathrin Graßmann</i> Das Ende souveräner Außenpolitik der Hansestädte seit 1867 – nur ein Verzicht? . . . . .	79
<i>Sebastian Damm</i> Landesaußenpolitik unter Waffen . . . . .	103
<i>Martin Kröger</i> Zur Gründung des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts . . . . .	131
Anhänge . . . . .	151
A. Akten zu den auswärtigen Beziehungen Preußens zu den anderen Bundesstaaten im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts (1866–1920) . . . . .	151
B. Rechtsquellen zur „Verreichlichung“ des Konsularwesens . . . . .	160
Autorenverzeichnis . . . . .	175
Abkürzungen . . . . .	177
Abbildungsverzeichnis . . . . .	179
Register . . . . .	181



# Vorwort

Am 3. August 1920 nahm im Auswärtigen Amt ein „Hauptarchiv“ die Arbeit auf. 1924 erhielt es den Namen „Politisches Archiv“. In den 1920er-Jahren sollte noch mit und aus den Akten heraus Politik gemacht werden. Der Name ist geblieben. Politik betreibt im Auswärtigen Amt mit den Akten aber niemand mehr. Das Politische Archiv ist heute ein modernes Forschungs- und Dienstleistungsarchiv, dessen Bestände nach den Vorschriften des Bundesarchivgesetzes jedermann offen stehen.

Unter den deutschen staatlichen Archiven nimmt das Politische Archiv des Auswärtigen Amts eine Sonderstellung ein. Es verwahrt die Akten nur eines einzigen Ministeriums. Der Grund für diesen Umstand liegt in der Tatsache, dass Außenpolitik ein langfristiger Prozess ist und das Auswärtige Amt für aktuelle politische Entscheidungen in seiner Alltagsarbeit immer wieder rasch auf seine Altakten zurückgreifen muss. Die Aufgaben des Politischen Archivs sind im Gesetz über den Auswärtigen Dienst der Bundesrepublik Deutschland vom 30. August 1990 gesetzlich verankert. Innerhalb des Auswärtigen Amts ist das Archiv Teil der Zentralabteilung. In der Organisationsstruktur des Hauses trägt das Referat 117 heute die Bezeichnung „Politisches Archiv und Historischer Dienst“.

Das Politische Archiv ist das „Gedächtnis“ des Auswärtigen Amts. Hier wird das Schriftgut aus fast eineinhalb Jahrhunderten deutscher Außenpolitik gesichert, aufbereitet und der wissenschaftlichen Forschung zugänglich gemacht. Es handelt sich dabei um das diplomatische Schriftgut des Auswärtigen Amts und der deutschen Auslandsvertretungen aus der Zeit von 1867 bis zur Gegenwart. Seit 1990 ist auch das Archiv des ehemaligen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Teil der Bestände. Insgesamt lagern in den unterirdischen Magazinen des Archivs aktuell rund 26 Regalkilometer Akten. Das sind weit mehr als eine halbe Million Akten mit mehr als 20 Millionen Blättern.

Wesentliches „Standbein“ des Politischen Archivs ist die Sammlung völkerrechtlicher Verträge. Hier werden die völkerrechtlichen Vereinbarungen der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und des Deutschen Reiches verwahrt. Insgesamt handelt es sich um mehr als 32 000 Verträge der unterschiedlichsten Art. Viele davon bilden die Rechtsgrundlagen für die äußeren Grenzen Deutschlands, seine Souveränität nach innen und außen, seine internationalen Beziehungen auf politischem, kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet.

Viele hier dokumentierte Vorgänge kennen nur wenige Fachleute, anderes kennt auch der historische Laie, z. B. den Berliner Vertrag von 1878, den

„Kongo-Vertrag“ von 1885, den „Rückversicherungsvertrag“ von 1887, die Verträge von Rapallo und Locarno, das Reichskonkordat, das Münchner Abkommen von 1938 oder die deutsch-sowjetischen Verträge von August und September 1939 („Hitler-Stalin-Pakt“). Aus der Zeit nach 1945 liegen hier u. a. der Vertrag über die Montanunion von 1951, die Ostverträge und die KSZE-Schlussakte aus den 1970er-Jahren, der Einigungsvertrag und nicht zuletzt der Zwei-Plus-Vier-Vertrag von 1990, dessen historische Bedeutung für die Herstellung der Einheit Deutschlands jüngst auch von der Unesco durch die Aufnahme in das Weltdokumentenerbe unterstrichen wurde.

Es erreichen das Archiv bis zu 6000 Anfragen pro Jahr, etwa zwei Drittel davon kommen aus dem Auswärtigen Amt selbst oder von anderen Bundesressorts, ein Drittel stammt von Wissenschaftlern, Journalisten und anderen Benutzern. Im gleichen Zeitraum wird der Lesesaal des Archivs von über 900 Benutzern in Anspruch genommen, von denen etwa ein Drittel Ausländer sind. Im Durchschnitt werden im Jahr rund 48 000 Archivalieneinheiten an die Benutzer im Lesesaal und an Arbeitseinheiten des Auswärtigen Amts ausgeliehen.

Viele Jahre kam das Politische Archiv seinen Aufgaben in Bonn nach, im Herbst 2000 folgte es dem Auswärtigen Amt nach Berlin. Heute befinden sich seine Magazine in den Kellern der ehemaligen Reichsbank, vor allem in drei je 1800 m<sup>2</sup> großen ehemaligen Tresoren. Die drei Tresorebenen sind – wie es sich für ein richtiges Bankgebäude gehört – durch gepanzerte Türen geschützt. Doch haben diese schweren Türen heute nur noch ihren Denkmalwert, symbolisch für den Umgang des Auswärtigen Amts mit seiner Vergangenheit stehen sie nicht. Hier wird nichts verborgen oder den Augen der Öffentlichkeit entzogen. Das Politische Archiv ist vielmehr eine wissenschaftliche Forschungseinrichtung, in der historisch Interessierte im Rahmen gesetzlicher Vorgaben ihre Studien betreiben können. Zugleich verstehen sich die Archivarinnen und Archivare als Dienstleister für die Zentrale des Auswärtigen Amts und die deutschen Auslandsvertretungen, die sich mit ihren Fragen zu historischen Themen in großer Zahl an Referat 117 wenden.

Am 3. August 2010 feierte das Politische Archiv bei guter Beteiligung vieler Fachleute des In- und Auslandes seinen 90. Geburtstag. Die damals gehaltenen Vorträge sind in diesem Sammelband abgedruckt. Sie lenken das Augenmerk auf eher versteckte Aspekte deutscher Auswärtiger Politik und sind deshalb von besonderem Reiz. Sie wollen auch die umfangreiche Literatur zur Geschichte der deutschen Außenpolitik ergänzen. Nicht zuletzt deshalb wünsche ich dem Buch wohlwollende Beachtung und eine geeignete, sachkundige Leserschaft!

Dr. Harald Braun  
Staatssekretär des Auswärtigen Amts

*Gregor Schöllgen*  
**Gefangen im Erfolg.  
Deutsche Außenpolitik 1871–1918**

Es war ein beispielloser Erfolg. Jedenfalls aus deutscher Sicht. Was in den zurückliegenden Jahrzehnten wiederholt an äußeren und nicht zuletzt an inneren Widerständen gescheitert war, gelang während der 1860er-Jahre beinahe im Handstreich. Heute wissen wir, was die Deutschen danach vielleicht ahnen, keinesfalls aber wahrhaben konnten: Das 1871 gegründete Deutsche Reich und das Gleichgewicht der Kräfte in Europa und der Welt waren nicht kompatibel. Der „höchste Triumph Bismarcks“, so hat es Sebastian Haffner auf den Punkt gebracht, enthielt „schon die Wurzeln seines Scheiterns [...] und die Gründung des Deutschen Reiches schon den Keim seines Untergangs“<sup>1</sup>.

Tatsächlich war ja Deutschland mit seinem gewichtigen preußischen Zentrum – innerhalb weniger Jahre und über den Weg dreier schnell und erfolgreich geführter Kriege – in den Rang einer europäischen Großmacht katapultiert worden. Als sich die Nachbarn danach verwundert die Augen rieben und sich fragten, was sie da erlebt und zugelassen hatten, kamen nicht wenige zu dem Ergebnis, Zeuge einer Revolution, „der deutschen Revolution“ gewesen zu sein. Und nicht nur der Oppositionsführer in Großbritannien, der Konservative Benjamin Disraeli, hielt diese für „ein größeres Ereignis als die französische Revolution des vergangenen Jahrhunderts“<sup>2</sup>.

Denn dieses Deutsche Reich war nicht nur dank seiner schier territorialen Größe und seiner Bevölkerungszahl der in dieser Hinsicht nach Russland gewichtigste Staat Europas. Es war auch die militärisch schlagkräftigste und wirtschaftlich bald in fast allen Belangen führende Nation des Kontinents. Als Deutschland dann Mitte der achtziger Jahre auch noch den Schritt zur Kolonial- beziehungsweise Weltmacht tat, zog es endgültig den Argwohn und wohl auch den Neid der Nachbarn auf sich. Mit Erfolg macht man sich eben keine Freunde, schon gar nicht in der Politik. Theobald von Bethmann Hollweg, wahrlich kein Hardliner, aber doch der Nachfolger Bismarcks, unter dessen Leitung das Land schließlich in den großen Krieg zog, zeigte sich im Sommer 1912 überzeugt, dass die anderen Mächte dieses Deutsche Reich nicht „liebten“: „Dafür“, so schrieb er an den Grafen Pourtalès, einen der Nachfolger Bismarcks

<sup>1</sup> Sebastian Haffner, *Von Bismarck zu Hitler. Ein Rückblick*, München 1987, S. 47.

<sup>2</sup> *Parliamentary Debates. Third Series*, Bd. 204, S. 81, 9. Februar 1871.



*Abbildung 1: Friedrich Graf von Pourtalès (1853–1928): „... zu sehr Parvenü und überhaupt zu eklig“*

auf dem wichtigen Botschafterposten in St. Petersburg, „sind wir zu stark, zu sehr Parvenü und überhaupt zu eklig“<sup>3</sup>.

Will man es auf den Punkt bringen, dann hatte das Deutsche Reich eben diesen Geburtsfehler seiner Gründung: Von Anfang an befand es sich in einer Lage, die von Ludwig Dehio wenige Jahre nach dem Untergang des Reiches als „halbhegemonial“ bezeichnet worden ist<sup>4</sup> – zu stark, als dass es von den anderen ignoriert oder gar übersehen werden konnte; zu schwach, um aus eigener Kraft die Hegemonie über den Kontinent zu errichten.

Dass die Deutschen seit dem Aufstieg Preußens, also seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, immer wieder einmal mit dem Gedanken einer hegemonialen Stellung in Europa spielten, dass sie namentlich und mit unterschiedlichen Mitteln und Methoden versucht haben, der geostrategischen Falle durch die Flucht nach vorn zu entkommen, überrascht nicht. Am Ende war diese Vorstellung nicht nur den Deutschen, sondern auch ihren Nachbarn derart vertraut,

<sup>3</sup> PA AA, Nachlass Pourtalès, Nr. 1, Bethmann Hollweg an Pourtalès, 30. Juli 1912.

<sup>4</sup> Ludwig Dehio, Deutschland und die Epoche der Weltkriege, in: Historische Zeitschrift 173 (1952), S. 77–94, hier S. 80.

dass noch Hitler sie sich zunutze machen konnte, um hinter ihrer Deckung ganz andere Ziele ins Auge zu fassen.

So gesehen war Bismarcks große Tat ein zweifelhaftes Geschenk an die Deutschen. In der Logik seiner Zeit war der Reichsgründer eigentlich auf halber Strecke stehen geblieben. Um der Nation dauerhaft das Gefühl der Sicherheit vor ihren zahlreichen, zum Teil sehr starken, zusehends auch missgünstigen Nachbarn zu geben, hätte er tun müssen, was er in den sechziger Jahren nicht tun wollte und danach, wenn er es denn gewollt hätte, nicht mehr tun konnte: Deutschland zur nicht mehr anfechtbaren Macht in Europa zu befördern. So aber war der erste Reichskanzler voll und ganz damit beschäftigt, das Deutsche Reich vor „den bedrohlichen Folgen seiner Gründung zu bewahren“, wie Andreas Hillgruber – Anfang der siebziger Jahre und ganz auf der Linie Dehios – den Kern dieser Außenpolitik auf den Punkt gebracht hat<sup>5</sup>.

Dass der Versuch schließlich gescheitert ist, dass sich das Reich gut vier Jahrzehnte nach seiner Gründung in einem Krieg zunächst europäischer, dann globaler Dimension wiederfand, von dem es sich nie mehr erholt hat, ist nicht nur den Nachfolgern Bismarcks anzulasten. Vielmehr ist es so, dass der Gründungskanzler, als er im März 1890 das Amt räumen musste, jedenfalls außenpolitisch mit seinem Latein am Ende war und seinen Nachfolgern ein Erbe hinterließ, das sich sehr bald als schwere Hypothek entpuppte. Das gilt für die Bündnispolitik, es gilt für die Orient- und Kolonialpolitik, und es gilt nicht zuletzt für das entscheidende Verhältnis zu Großbritannien.

Wohl muss man davon ausgehen, dass Bismarck nicht vorhersehen konnte, wie unverträglich eine deutsche Großmacht mit dem Gleichgewicht der Kräfte in Europa war. Zudem konnte er zwar die deutsche Außenpolitik, nicht aber die inneren und äußeren Verhältnisse der Nachbarn und deren Rückwirkungen auf die auswärtigen Beziehungen des Reiches entscheidend beeinflussen oder gar gestalten, auch nicht die der Partner. Stellt man diese Unwägbarkeiten in Rechnung, hält man Bismarck zudem zugute, dass eben auch er mit den kaum vorhersehbaren Folgen seiner eigenen Großtat umzugehen hatte, wird man ihm ein hohes Maß an diplomatischem Geschick attestieren müssen – gepaart mit einem über Jahrzehnte gereiften Machtinstinkt und einer ordentlichen Portion Zynismus.

Was nun die Bündnisse angeht, mit denen Bismarck Russland, Österreich-Ungarn, in gewisser Weise auch Italien und indirekt selbst Großbritannien an Deutschland gebunden hat, so wusste er natürlich sehr wohl, dass solche Bindungen nur unter einer Bedingung zu haben waren: Das Reich musste den Partnern dort entgegenkommen, wo es um deren Interessen ging und wo deren

<sup>5</sup> Andreas Hillgruber, *Bismarcks Außenpolitik*, Freiburg/Br. 1972, S. 131.

Sicherheit auf dem Spiel stand. Wusste der Kanzler oder ahnte er auch nur, dass die Entscheidung über Krieg und Frieden damit im Zweifelsfall bei den Partnern liegen konnte?

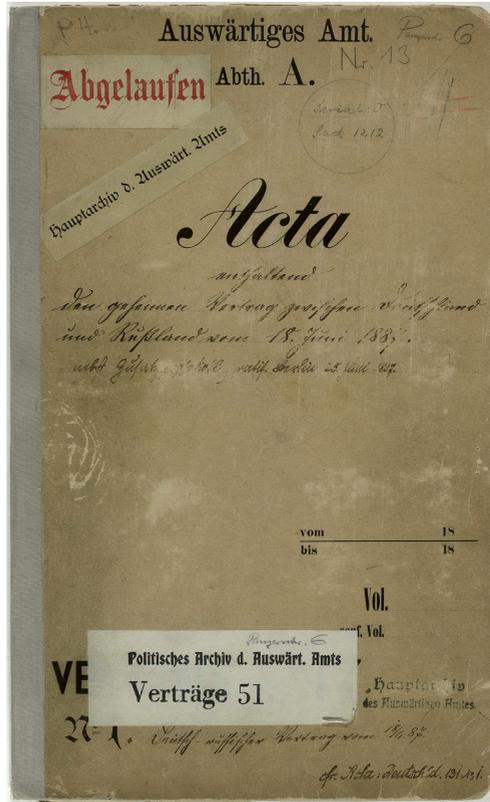
Sicher ist, dass er mit diesem Netz von Bündnissen die deutsche Außenpolitik auf zum Teil sehr weitreichende Verbindlichkeiten und Verpflichtungen festlegte. Zum Beispiel über den so genannten Dreibund, den Deutschland im Mai 1882 mit Italien und Österreich-Ungarn schloss. Er zwang die Deutschen, sich bei jeder Vertragsverlängerung auf die speziellen Forderungen und Wünsche ihrer Partner einzulassen. Im Falle Roms musste sich Berlin schrittweise auf die imperialistischen Ambitionen der Italiener, vor allem in Nordafrika, einlassen, was die Gestaltung der seit 1871 schwer belasteten Beziehungen zu Frankreich nicht gerade erleichterte. Im Falle Wiens bezogen sich die Forderungen in aller Regel auf den Balkan, hatten damit zwangsläufig eine antirussische Spitze und trugen so das Ihre dazu bei, dass der Anfang Oktober 1879 geschlossene Zweibund mit Österreich-Ungarn – im Laufe der Zeit und gewissermaßen unter der Hand – seinen Charakter änderte.

Dass sich manche der Vereinbarungen, die Bismarck unterzeichnet hatte, wenn nicht dem Wortlaut, so doch dem Geiste nach widersprachen, kam erschwerend hinzu. Hier lag einer der Gründe, warum die Nachfolger zum Beispiel den später so genannten Rückversicherungsvertrag mit Russland vom Frühjahr 1887 nicht verlängern mochten. Zwar war das Reich dank dieses Neutralitätsvertrages mit dem Zarenreich gegen einen Zweifrontenkrieg gesichert – soweit das überhaupt möglich war. Allerdings musste man zur Not Österreich fallen- und den Russen den Balkan überlassen. Das war der Preis, den Bismarck seit Mitte der achtziger Jahre zu zahlen bereit war, den aber seine Nachfolger nicht mehr zahlen mochten.

Dafür hatten sie durchaus gute Gründe, so die Absicht, sich nicht durch die russische Meerengen- und Balkanpolitik in die konfliktträchtige orientalische Frage hineinziehen zu lassen. Allerdings hatte auch diese Entscheidung ihren Preis. Zeigte man Russland die kalte Schulter, gab es keine Alternative zu einer engen und einseitigen Anlehnung an Österreich-Ungarn, und auch die führte das Reich – über kurz oder lang und gleichsam von der anderen Seite her – in das „Minenfeld“<sup>6</sup> der orientalischen Frage. Diese war im Kern nichts anderes als die Suche nach einer Antwort darauf, wer die Räume besetzen und kontrollieren sollte, welche die Türken nach und nach freigeben mussten, seit sie 1683 ein zweites Mal vor Wien gescheitert waren.

<sup>6</sup> Ders., Südosteuropa in Bismarcks Außenpolitik 1875–1879, in: Ralph Melville/Hans-Jürgen Schröder (Hrsg.), *Der Berliner Kongress von 1878. Die Politik der Großmächte und Probleme der Modernisierung in Südosteuropa in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts*, Wiesbaden 1982, S. 179–188, hier S. 187.

Abbildung 2: Aktendeckel des Rückversicherungsvertrages: „Abgelaufen“



Außer Frage steht, dass schon Bismarck der deutschen Außenpolitik den Weg in dieses Minenfeld gewiesen hatte. Zu der engen Bindung an Österreich, an Russland oder auch – wie in den so genannten Dreikaiservereinbarungen der Jahre 1873 und 1881 – an beide gab es wegen des Dauerkonflikts mit Frankreich auch keine Alternative. Und diese Bindung dokumentiert, wie eng der Handlungsspielraum der deutschen Außenpolitik schon seit und infolge der Reichsgründung war. Aber es gab ihn noch. Dass Bismarck diesen Spielraum während der achtziger Jahre nutzte, um seine während der siebziger Jahre formulierten Maximen zu den Akten zu legen, muss festgehalten werden, weil er damit den diplomatischen Manövrierraum der Nachfolger weiter einengte.

Bismarcks vor dem Hintergrund der aufziehenden Balkankrise Anfang Dezember 1876 abgegebene Erklärung, dass er zu „irgend welcher aktiven Beteiligung Deutschlands an diesen Dingen nicht rathen“ werde, solange er

„in dem Ganzen für Deutschland kein Interesse sehe, welches auch nur ... die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers werth wäre“<sup>7</sup>, behielt jedenfalls nur bezogen auf ein direktes militärisches Eingreifen Gültigkeit. Im Übrigen aber war die deutsche Außenpolitik am Ende dieser Kanzlerschaft handfest im Orient engagiert, und das nicht nur indirekt über die Verträge namentlich mit Österreich-Ungarn oder auch über den in Berlin vermittelten Frieden im russisch-türkischen Krieg der Jahre 1877/78.

Vielmehr hatte Bismarck auch der Entsendung ziviler Berater für türkische Behörden, einer deutsche Militärmission zur Instruktion der osmanischen Armee und nicht zuletzt einer folgenreichen wirtschaftlichen Betätigung deutscher Banken und Firmen östlich von Bosphorus und Dardanellen zugestimmt. Zwar hatte der Kanzler im September 1888 die Direktoren der Deutschen Bank einerseits auf das Risiko eines Engagements in der Türkei hingewiesen und eine „amtliche Förderung“ ausdrücklich ausgeschlossen, andererseits aber die Herren auch wissen lassen, dass „politische Bedenken gegen die Bewerbung um eine Konzession für kleinasiatische Eisenbahnbauten nicht“ bestünden<sup>8</sup>, und damit den Weg für die Gründung der Anatolischen Eisenbahngesellschaft im März des folgenden Jahres frei gemacht.

Aber nicht nur hier, also in der brisanten orientalischen Frage, verabschiedete sich Bismarck gegen Ende seiner Amtszeit von früher formulierten Prinzipien. Auch in der Frage des „Ländererwerbs“, dem er Mitte 1877 in seinem so genannten Kissinger Diktat eine ziemlich deutliche Absage erteilt hatte, trug der Reichskanzler den Umständen Rechnung<sup>9</sup>. Denn um nichts anderes als Ländererwerb ging es in den Jahren 1884/85, als die Reichsregierung die Schutzherrschaft über Deutsch-Südwestafrika, Togo, Kamerun und das spätere Deutsch-Ostafrika teils anerkannte, teils aktiv förderte sowie Nordost-Neuguinea und die Inselgruppe Nova Britannia zu Schutzgebieten des Reiches erklärte.

Die Gründe, Anlässe und Motive für diesen folgenreichen Schritt waren vielfältig. Zu ihnen zählten neben wirtschafts-, handels- und bevölkerungspolitischen sicher auch innenpolitische im engeren Sinne. Nicht zuletzt aber war dieser Eintritt in die Gefilde der Weltpolitik insofern auch eine unabweisbare Konsequenz aus der Reichsgründung, als sich im Zeitalter des Imperialismus eine Großmacht, die das Deutsche Reich seit 1871 nun einmal war, nicht abseits des Wettlaufs um die noch nicht vergebenen Teile der Erde halten konnte.

<sup>7</sup> Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstags, Bd. 41, S. 585, 5. Dezember 1876,

<sup>8</sup> Zitiert nach Friedrich Seidenzahl, 100 Jahre Deutsche Bank 1870–1970, Frankfurt/M. 1970, S. 67.

<sup>9</sup> GP 2, Nr. 294.

So gesehen war die Suche der Deutschen nach einem eigenen Kolonialreich, für sich genommen, weder außergewöhnlich noch gefährlich, zumal ihr Ergebnis nicht wenigen Deutschen, jedenfalls in der bilanzierenden Rücksicht des Ersten Weltkriegs, „lächerlich bescheiden“ vorkam<sup>10</sup>. Gefährlich war, dass sich dieser Wunsch für Bismarck nur über den Weg der politischen Konfrontation mit potentiellen Konkurrenten realisieren ließ, ja dass der Kanzler in diesem Zusammenhang namentlich Großbritannien sogar gezielt provozieren wollte, wie die Korrespondenz mit den deutschen Botschaftern in London erkennen lässt. Dass Bismarck im Frühjahr 1884 nicht zu sehen vermochte, „weshalb das Recht zu kolonisieren, welches England im weitesten Maße ausübt, uns versagt sein sollte“<sup>11</sup>, war eine Sache. Dass er die schwierige Lage der Briten in Afghanistan sowie vor allem im Sudan ausnutzte, um sie in der Kolonialfrage unter Druck zu setzen, war eine andere.

Das geschah zum einen – und gewissermaßen vor den Augen der Weltöffentlichkeit – auf der so genannten Kongo-Konferenz, die um die Jahreswende 1884/85 mehr als drei Monate lang in Berlin tagte. Und es geschah zum anderen – und nicht minder wirkungsvoll – hinter den Kulissen. Zweimal, im Januar 1885 sowie erneut im März und April 1886, ließ der Kanzler der britischen Regierung über den Grafen Georg Herbert zu Münster beziehungsweise seinen Nachfolger Paul Graf von Hatzfeldt signalisieren, welche Folgen ihre renitente Haltung in der Kolonialfrage zeitigen könnte – nämlich einen entsprechenden „Handel“ mit Frankreich oder auch mit Russland, „wenn England uns nicht befriedige“<sup>12</sup>.

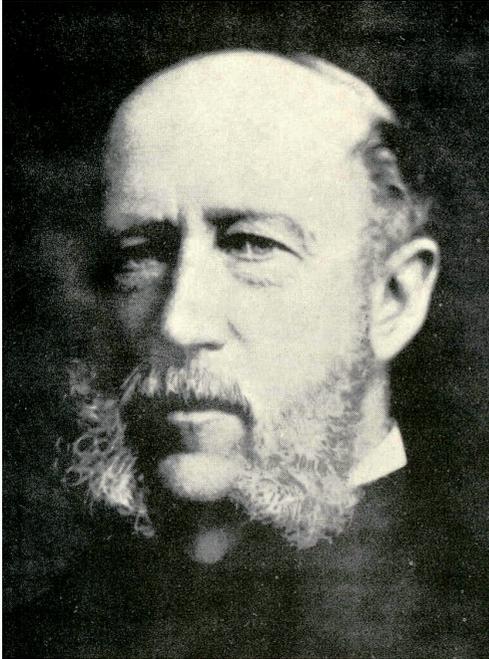
Gewiss, kurzfristig schien diese Politik erfolgreich zu sein, brachte sie doch Deutschland sowohl in den Besitz eines eigenen Kolonialreiches als auch eine indirekte Annäherung Großbritanniens an den Dreibund. Tatsächlich hinterließ sie einen Scherbenhaufen. Nicht nur war Bismarcks 1877 formulierte Taktik hinfällig geworden, den anderen Mächten durch strikte Abstinenz an der Peripherie des europäischen Geschehens diese Räume für konfliktrträgige Aktivitäten zu überlassen und deren Aufmerksamkeit so von Mitteleuropa im Allgemeinen, von den deutschen Grenzen im Besonderen abzulenken.

Noch schwerer wog, dass fortan das Verhältnis zu England, der wichtigsten europäischen Großmacht, nachhaltig irritiert war. So haben Bismarcks Nachfolger schon 1893 erneut, dieses Mal jedoch ohne Erfolg versucht, der Regierung in London durch Druck in den ägyptischen Angelegenheiten die Pistole auf die

<sup>10</sup> Max Weber, Deutschland unter den europäischen Weltmächten, in: Ders., Gesammelte Politische Schriften, hrsg. von Johannes Winkelmann, Tübingen<sup>3</sup> 1971, S. 157–177, hier S. 160.

<sup>11</sup> GP 4, Nr. 743.

<sup>12</sup> GP 4, Nr. 757.



*Abbildung 3: Georg Graf zu Münster (1820–1902), zwölf Jahre deutscher Botschafter in London*

Brust zu setzen, und auch hinter der wenig später aufgenommenen Flottenpolitik wird dieser Ansatz erkennbar. Kein Wunder, dass Sir Eyre Crowe, Senior Clerk im Western Department des Foreign Office, Anfang 1907 in einem zu Recht berühmt gewordenen Memorandum die Anfänge des inzwischen handfesten englisch-deutschen Konflikts in der Kolonialpolitik der Jahre 1884/85 ausmachte<sup>13</sup>.

Vor allem aber ist es danach niemandem mehr gelungen, die Geister zu bändigen, welche der Imperialismus nach Deutschland gerufen hatte – Bismarck nicht, und seinen Nachfolgern schon gar nicht. Welche Lawine er da losgetreten hatte, ahnte der Reichsgründer wohl selbst, als er Anfang 1885 in einem Schreiben an den Grafen Münster über die große Bedeutung auch des „kleinsten Zipfel[s] von Neu-Guinea oder Westafrika“ reflektierte, „wenn derselbe objektiv auch ganz wertlos sein“ mochte. Aber inzwischen legte die öffentliche

<sup>13</sup> George Peabody Gooch/Harold Temperly (Hrsg.), *Die Britischen Amtlichen Dokumente über den Ursprung des Weltkrieges 1898–1914*. Vom Britischen Auswärtigen Amt autorisierte einzige deutsche Ausgabe, hrsg. v. Hermann Lutz, 10 Bde., Berlin 1926–1938, hier Bd. 3, Anhang A, S. 645–685.



Abbildung 4: Friedrich von Holstein (1837–1909): „operierte wirkungsvoll im Hintergrund“

Meinung in Deutschland „ein so starkes Gewicht auf die Kolonialpolitik“, dass sogar die „Stellung der Regierung im Innern“ von deren „Gelingen“ abhing<sup>14</sup>.

Ein schönes Vermächtnis, das Bismarck seinen Nachfolgern da hinterließ. Zu keinem Zeitpunkt haben sie sich von ihm zu lösen vermocht – weil auch sie in dem 1871 geschaffenen Rahmen operieren mussten, weil der Eintritt in die Orient- und Kolonialpolitik schon aus innenpolitischen Gründen nicht mehr rückgängig zu machen war, und weil die Nachfolger überzeugt waren, dass ihre Politik die richtige und angemessene Konsequenz aus den durch Bismarck gemachten Vorgaben gewesen ist. Das gilt für die seit den neunziger Jahren so genannte „Weltpolitik“, und es gilt für die gleichzeitig aufgelegte Flottenpolitik.

Zu ihren Protagonisten zählten allen voran Wilhelm II., von 1888 bis zum bitteren Ende König von Preußen und Deutscher Kaiser, aber auch wirkungsvoll im Hintergrund operierende Figuren wie Friedrich von Holstein, der vor allem vom Rücktritt Bismarcks bis zu seinem eigenen im Frühjahr 1906 einer der Drahtzieher im Auswärtigen Amt gewesen ist. Und dann standen seit 1897 mit Alfred von Tirpitz und Bernhard von Bülow zwei ebenso einflussreiche wie umtriebige Staatssekretäre an der Spitze des Reichsmarine- und des Auswärtigen Amtes. Ende 1918, also sechs Jahre, nachdem das Kaiserreich untergegangen

<sup>14</sup> GP 4, Nr. 758.

und das Deutsche Reich auf damals nicht absehbare Zeit seine Stellung als vollgültige Großmacht verloren hatte, schrieb der Politiker, der 1900 ins Amt des Reichskanzlers gewechselt war, an den Admiral: „Ich bin auch heute der Ueberzeugung, die uns beide erfüllte, als wir vor 27 Jahren gleichzeitig Staatssekretäre wurden [...], dass unser Volk nach seiner Tüchtigkeit, seiner Kultur (im besten Sinne des Wortes) und seiner Vergangenheit ein Recht auf die Stellung hätte, den ich damals den Platz an der Sonne nannte, d. h. das Recht auf Gleichberechtigung mit anderen grossen Nationen.“<sup>15</sup>

Was ist nicht alles über diese Reichstagsrede Bülow's vom 6. Dezember 1897 gesagt, vor allem von folgenden Generationen in sie hineingelegt worden. Dabei tat Deutschland lediglich das, was andere in seiner Situation auch taten beziehungsweise tun zu müssen glaubten: den Schritt von der Groß- zur Weltmacht. Es gibt keine Großmacht der Zeit – die außereuropäischen, also Japan und die USA, eingeschlossen – die darauf hätte verzichten können oder wollen. Und doch lag der deutsche Fall anders. Denn zum einen machte sich die ohnehin in fast allen Belangen stärkste europäische Großmacht auf den Weg zur Weltmacht, zum anderen suchte sie diesen Status ausgerechnet in Weltgegenden zu festigen, die wie der Orient zu den sensibelsten und gefährlichsten zählten, und schließlich schlugen ihre Repräsentanten dabei Töne an, die jenseits der deutschen Grenzen aufhorchen lassen mussten.

Gewiss hätte man die Äußerungen des Kaisers, für sich genommen, als Entgleisungen oder als impulsive, in gewisser Weise naive Bekundungen eines exzentrischen Monarchen abtun können. Das gilt für das Telegramm, mit dem Wilhelm II. Anfang 1896 den Präsidenten von Transvaal für seinen Erfolg über die von Großbritannien gestützten Eindringlinge beglückwünschte<sup>16</sup>, es gilt für seine Rede in Damaskus, in der er knapp zwei Jahre darauf die „300 Millionen Mohammedaner“ seiner Freundschaft versicherte<sup>17</sup>, und es gilt für die Worte, mit denen er im Sommer 1900 das deutsche Kontingent verabschiedete, das im Rahmen einer internationalen Expedition in Peking belagerte Ausländer befreien und dabei so vorgehen sollte, „dass niemals wieder ein Chinese es wagt, einen Deutschen auch nur scheel anzusehen“<sup>18</sup>.

Aber es war nun einmal der Repräsentant der stärksten europäischen Großmacht, der so sprach, und das zu einer Zeit, in der sich Deutschland anzuschicken schien, den Worten auch Taten folgen zu lassen. So im Orient. Zwar griffen Bismarcks Nachfolger hier einerseits lediglich den schon von diesem

<sup>15</sup> Bundesarchiv/Militärarchiv, Freiburg, N 253, Nachlass Tirpitz, Bd. 173.

<sup>16</sup> GP 11, Nr. 2610.

<sup>17</sup> GP 12/II, Nr. 3345, Anmerkung der Hrsg.

<sup>18</sup> Michael Behnen (Hrsg.), Quellen zur deutschen Außenpolitik im Zeitalter des Imperialismus 1890–1911, Darmstadt 1977, S. 277.

angewobenen Faden auf, gaben aber andererseits einem ursprünglich rein wirtschaftlichen Vorhaben eine brisante politische Note. Mit den von einem Konsortium unter Führung der Deutschen Bank unterzeichneten Verträgen, die im Dezember 1899 zur Erteilung der vorläufigen, im März 1903 zur Vergabe der endgültigen Konzession und im April des gleichen Jahres zur Gründung der Bagdadeisenbahngesellschaft führten, drängte Deutschland wie schon auf dem Balkan auch hier in eine traditionelle Krisenregion der Weltpolitik. Weil das den Verantwortlichen bewusst war, griffen sie in die Trickkiste, unterzogen Bismarcks Maxime einer bezeichnenden Interpretation und dokumentierten so eindrucklich, wie sehr sie sich in den von diesem eingeschlagenen Bahnen bewegten: „Nicht in Balkan-, in Orientfragen überhaupt Stellung zu nehmen, hat Fürst Bismarck widerraten, sondern vorzeitig Stellung zu nehmen oder die Führung an sich zu nehmen.“<sup>19</sup> Das sagte Bülow Ende März 1909, also zu einem Zeitpunkt vor dem Reichstag, als man bereits wiederholt die „Führung“ übernommen hatte – in diesem Fall, während der bosnischen Annexionskrise, zwar hinter den Kulissen, aber gleichwohl wirkungsvoll und folgenreich.

Das Brisante daran war, dass sich Deutschland mit seiner Orientpolitik zwischen die traditionell rivalisierenden Großmächte schob, dass es auf dem Balkan zwischen Österreich-Ungarn und Russland, in Mesopotamien zwischen Russland und Großbritannien Platz nahm und damit gewissermaßen als Blitzableiter für deren jeweiligen Spannungen fungierte. Einen vergleichbaren Effekt hatte der Entschluss zum Bau einer Schlachtflotte, trug er doch einiges dazu bei, dass es nach 1910 zu einer russisch-französischen, ja selbst zu einer britisch-russischen maritimen Kooperation kommen sollte.

Dabei war die Flotte, die der Reichstag im April 1898 und im Juni 1900 mit zwei Gesetzen auf den Weg brachte, eigentlich kein militärisches, sondern ein politisches Instrument. Wohl wissend, dass sie der britischen niemals gewachsen oder gar überlegen sein konnte, sollte die deutsche „Risikoflotte“ immerhin so schlagkräftig sein, dass sie im Kriegsfall die englische entscheidend zu schwächen vermochte: Die Aussicht vor Augen, die Doppelaufgabe – die Sicherung der britischen Inseln und des Kolonialreiches – nicht mehr wahrnehmen zu können, würde sich London beizeiten auf das von Berlin angestrebte Bündnis einlassen, und zwar zu den von Deutschland formulierten Konditionen. So das Kalkül.

Auch hier gilt, dass die deutsche Außenpolitik, soweit sie die Inselmacht durch unverhohlenen Drohen zu Konzessionen bewegen wollte, durchaus auf der durch Bismarck eröffneten Traditionslinie operierte. Und wie damals, Mitte der achtziger Jahre, schien sie auch jetzt damit Erfolg zu haben. Denn

<sup>19</sup> Stenographische Berichte, Bd. 236, S. 7801, 29. März 1909.